

Starke Opposition für ein soziales und gerechtes Frankfurt

Frankfurt ist eine gespaltene Stadt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter. Das liegt nicht nur an der falschen Politik in Berlin und Wiesbaden. Die Stadtregierungen in Frankfurt haben ihres dazu beigetragen. CDU und Grüne haben in ihrer 10-jährigen Regierungszeit mit ihrer falschen Politik die soziale Spaltung in der Stadt vorangetrieben. Die derzeitige Koalition aus CDU, SPD und Grünen wird daran nichts ändern.

Damit sich aber für die Mehrheit der Frankfurterinnen und Frankfurter etwas ändert, braucht es eine starke Opposition. Oppositionsarbeit heißt: Nicht locker lassen! Oppositionsarbeit bedeutet: Verantwortung übernehmen!

Wir legen im Frankfurter Römer den Finger in die Wunde. Wir nehmen uns der Sorgen und Problemen der Menschen an. Gemeinsam mit Vereinen, Verbänden, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und anderen Akteuren aus der Zivilgesellschaft machen wir Druck auf die Frankfurter Stadtregierung.

Wir wollen vor allem der sozialen Spaltung in der Stadt entgegenwirken. Dazu brauchen wir mehr bezahlbaren Wohnraum, einen öffentlichen Personennahverkehr, den sich jeder leisten kann, ein Integrationskonzept für neu angekommene Frankfurterinnen und Frankfurter, zukunftsfähige Bildungsangebote für alle Generationen. Damit gute Arbeitsplätze entstehen, braucht es ein städtisches Investitionsprogramm und eine Politik der Stadtentwicklung, die die Stadtteile stärkt. Um die Unternehmen in Frankfurt, deren Gewinne seit langem sprudeln, an diesen Aufgaben finanziell zu beteiligen, muss die Gewerbesteuer angemessen erhöht werden.

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende



Viele Untersuchungen zeigen: Reiche gehen wählen, wirtschaftlich Schwächere nicht. Reiche stärken damit die Parteien, die ihre Interessen vertreten und bekommen deshalb eine Politik, die ihnen nützt. Auch in Frankfurt ist das so. Menschen hingegen, die ein geringeres Einkommen haben, nur eine kleine Rente beziehen oder auf Hartz IV angewiesen sind, finden sich in der Politik nicht mehr wieder.

Deshalb ist DIE LINKE im Römer wichtig: Sie ist die einzige Partei, die verlässlich die Interessen der so genannten „kleinen Leute“ vertritt.

- Fraktionsvorsitzende im Ortsbeirat 6
- Mitglied des Ältestenausschusses
- Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses
- Mitglied des Ausschusses für Bildung und Integration
- Mitglied des Ausschusses für Soziales und Umwelt
- Mitglied des Wahlvorbereitungs- und Wahlprüfungsausschusses

Kontakt:

Telefon: +49 (0) 69 315 376
Mobil: +49 (0) 152 33 98 47 22
E-Mail: dominikepauli@web.de

Martin Kliehm

Fraktionsvorsitzender



Ich möchte in einer sozial gerechten und solidarischen Stadt leben. In der eine schöne Wohnung kein Luxus ist. In der ein Kinderwunsch keine finanzielle Existenzfrage wird. In der Zugang zu Bildung und Kultur keine Frage der Herkunft sein darf. In der Mobilität für alle gilt. In der Geflüchtete willkommen geheißen und als Nachbarn wertgeschätzt werden. In einer Stadt ohne Antisemitismus und Rassismus. In der es sich einfach gut leben lässt. Eine Stadt für alle. Frankfurt kann sich das leisten.

- Mitglied des Kultur- und Freizeitausschusses
- Mitglied des Ausschusses für Recht, Verwaltung und Sicherheit
- Mitglied des Verkehrsausschusses

Kontakt:

Telefon: +49 (0) 69 212 462 93
E-Mail: linke@kliehm.de
Facebook: www.facebook.com/m.kliehm
Web: www.kliehm.de

Merve Ayyıldız

Stadtverordnete



Ich streite für diejenigen, die von der regierenden Politik strukturell oder bewusst überhört und übersehen werden. Mein Schwerpunkt liegt in der Entblößung von Ungerechtigkeit und dem Repräsentieren der außerparlamentarischen Bewegung im Parlament. Der antifaschistische und antikapitalistische Kampf ist meine Grundlage politischer Agitation.

In einer reichen Stadt wie Frankfurt gegen Kürzungen anzureden, dessen Betrag für die Einrichtungen von existentieller Bedeutung und notwendig für die Erhaltung der Angebote ist, ist beschämend und gerade deswegen so notwendig. Ich stehe für ein Frankfurt für alle.

- Mitglied des Ausschusses für Bildung und Integration
- Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Frauen

Kontakt:

Mobil:

+49 (0) 157 867 977 00

E-Mail:

d.m.ayyildiz@googlemail.com

Monika Christann

Stadtverordnete



Frankfurt am Main ist meine Wahlheimat, in der ich gerne lebe. Als ich 1982 nach Frankfurt am Main zog, fiel mir sofort die Lebendigkeit und Offenheit der Stadt durch ihre multikulturelle Zusammensetzung auf. Ich begreife das Miteinander verschiedener Kulturen als Chance, sich als Gesellschaft weiterzuentwickeln. Dazu braucht es aber eine gleichberechtigte Partizipation Aller. Eine der Vorbedingungen ist, dass die Teilhabe an der Gesellschaft weder durch Ausgrenzung noch durch eine ungerechte Verteilung von Ressourcen eingeschränkt wird. Frankfurt am Main soll eine Stadt für Alle sein. Eine gute kommunale Daseinsvorsorge ist außerdem für alle Menschen lebenswichtig und darf nicht u. a. durch Privatisierungen und ÖPP (Öffentliche Private Partnerschaften) sowie evtl. Auswirkungen durch Handelsverträge verschlechtert werden. Als ehemalige Agenda-21-Moderatorin habe ich die Umweltbedingungen im Blick. Ebenso die Mitbestimmung in den öffentlichen Betrieben mit tariflicher Entlohnung wenigstens durch die Tarifverträge der DGB-Gewerkschaften. Frauenrechte, darunter mindestens die Umsetzung des Entgelttransparenzgesetzes auch in der Kommune, sind in meinem Fokus.

- Mitglied des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
- Mitglied des Wirtschaft und Frauen

Kontakt:

Telefon: +49 (0) 69 212 462 93
Mobil: +49 (0) 171 301 254
E-Mail: monika.christann@dielinke-fraktion.frankfurt.de

Ayse Dalhoff

Stadtverordnete



Ich habe mich damals für die Linke im Stadtparlament aufstellen lassen, um mich für die unterschiedlichsten Belange von Kindern, Jugendlichen und deren Familien stark zu machen. Folgende Themen liegen mir besonders am Herzen:

- Bildung muss von Anfang für alle kostenlos zugänglich sein und darf nicht abhängig vom Geldbeutel der Erziehungsberechtigten sein
- Ausbau von mehr Hortplätzen
- Die Stadt muss die Kürzungen im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit zurücknehmen und ausreichende Ressourcen für eine gelingende pädagogische Betreuung und für mehr Personal zur Verfügung stellen
- Soziale Berufe aufwerten und attraktiver machen

Ich werde mich in den nächsten Jahren dafür einsetzen und hoffen einen entscheidenden Beitrag dafür geleistet zu haben, dass Frankfurt in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik Chancengleichheit auf allen Ebenen realisiert hat.

- Mitglied im Ortsbeirat 10
- Mitglied des Präsidiums
- Mitglied des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
- Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Kontakt:

Telefon: +49 (0) 69 212 462 93

E-Mail: dalhoff@gmx.de

Pearl Hahn

Stadtverordnete



Die Kommunalpolitik soll dazu dienen, die Bedürfnisse der in Frankfurt lebenden Menschen widerzuspiegeln.

Sexuelle Orientierung, Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Arbeitslosigkeit und Religion dürfen keine Kriterien für die Beeinträchtigung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sein.

Mein Ziel ist, alle Arten von Diskriminierung abzubauen.

Ich möchte mit meiner Arbeit im Römer, selbstorganisierte und autonome Gruppen, die eine soziale Politik praktizieren, stärken. Nur mit ihrer Hilfe können Strukturen, die gesellschaftliche Ungleichheiten hervorrufen, beseitigt werden. Ich setze mich für Inklusion und Gleichstellung ein.

Ich kämpfe für eine nachhaltige, ökologische und umweltfreundliche Stadtentwicklung.

- Mitglied des Präsidiums
- Mitglied des Ausschusses für Recht, Verwaltung und Sicherheit
- Mitglied des Ausschusses für Umwelt und Sport
- Mitglied im Ortsbeirat 4

Kontakt:

Telefon: +49 (0)69 212 462 93
Mobil: +49 (0) 173 92649 10
E-Mail: pearl.hahn@dielinke-fraktion.frankfurt.de
Facebook: www.facebook.com/HAHNPEARL

Michael Müller Stadtverordneter



Es wird nicht möglich sein, alle Ungerechtigkeit der Welt zu verbannen. Was mich antreibt, ist die Überzeugung, ein möglichst gutes Leben für alle Menschen in Frankfurt zu erreichen. Dafür ist es zwingend notwendig, dass es Güter gibt, deren Verteilung nicht von Geld und Profitstreben abhängen. Ich zähle hierzu vor allem Gesundheit, Bildung und Wohnen. Der Markt regelt nicht alles. Es braucht linke Politik, um hier gegenzusteuern und Druck aufzubauen. Meine feste Überzeugung ist es, dass es Kommunen braucht, die gut finanziert sind, um die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern. Deshalb werden wir nicht nachlassen zu fordern, dass Unternehmen und Reiche stärker beitragen müssen, um wichtige Aufgaben zu finanzieren. Starke können und müssen mehr tragen.

Haben Sie Ideen und Vorschläge, wie wir das gemeinsam schaffen, dann melden Sie sich doch einfach bei mir.

- Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses
- Mitglied des Kultur- und Freizeitausschusses
- Mitglied des Ausschusses für Planung, Bau und Wohnungsbau

Kontakt:

Telefon: +49 (0) 69 706 502
Telefon: +49 (0) 69 212 462 93
E-Mail: michaelxmueller@googlemail.com
Internet: michaelmüller.social

Eyup Yilmaz Stadtverordneter



Die meisten Menschen in Frankfurt haben nichts von dem neuen Wohnungsbau. Normalverdiener, Niedrigverdiener, Rentner, Studenten und Auszubildende können sich diese Wohnungen nicht leisten. In Frankfurt haben 50 Prozent der Menschen, die zur Miete wohnen, ein Recht auf eine Sozialwohnung. Für sie müssen über 110.000 Wohnungen gebaut werden.

Die Stadt soll für alle lebenswert und gerecht sein. Dafür setze ich mich ein: Bau von Sozialwohnungen, Stopp von Verdrängung und Verbot von Spekulationen mit Wohnungen. Kein Verkauf städtischer Grundstücke.

Die Städtische Wohnungsbaugesellschaften müssen wieder auf ihre eigentliche Aufgabe verpflichtet werden: Dem Allgemeinwohl. Deswegen gehört die privatwirtschaftlich organisierte ABG-Holding unter die demokratische Kontrolle der kommunalen Gremien.

Niemand darf sich in Frankfurt fremd und ausgegrenzt fühlen. Das ist mir auch sehr wichtig. Dafür brauchen wir mehr Demokratie, mehr Teilhabe am sozialen Leben, und mehr Mitbestimmungsrechte für die Migrant*innen.

- Mitglied im Ortsbeirat 1
- Mitglied des Ausschusses für Planung, Bau und Wohnungsbau
- Mitglied des Sonderausschusses „Dom-Römer“
- Mitglied im Verkehrsausschuss

Kontakt:

Mobil: +49 (0) 172 697 44 39
E-Mail: eyilmaz3@t-online.de
Facebook: www.facebook.com/Eyup.Yilmaz

Margarete Wiemer

Ehrenamtliche Stadträtin



Die Stadt Frankfurt lässt viele Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, soziale Arbeit, Versorgung mit Wohnraum, Kultur- und Bildungsangebote, Wasser- und Energieversorgung, Abfallentsorgung, öffentlicher Nahverkehr usw. von Betrieben in privater Rechtsform erledigen oder hat die Erbringung dieser Leistungen komplett an private Firmen abgegeben. Das bedeutet für die Menschen in Frankfurt: weniger demokratische Einflussnahme auf die Ausgestaltung der Erfüllung dieser wichtigen Aufgaben und überhöhte Preise für die Leistungen, denn private Firmen wollen Profite erwirtschaften. Die Qualität der erbrachten Leistungen leidet. Für die Beschäftigten bedeutet Privatisierung regelhaft schlechtere Arbeitsbedingungen.

Ich stehe für den Erhalt der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand und die Rekommunalisierung aller bereits privatisierter städtischer Betriebe.

Kontakt:

Telefon privat: 069 785702

E-Mail privat: MargareteWiemer@t-online.de

